

Parlament
zH Frau Mag. Sarah König
Parlamentsdirektion
Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien

Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik
Wiedner Hauptstraße 63 | 1045 Wien
T 05 90 900DW | F 05 90 900-269
E up@wko.at
W wko.at/up

per E-Mail:
NR-AUS-PETBI.Stellungnahme@parlament.gv.at

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen, Sachbearbeiter	Durchwahl	Datum
	Up/20/06/Ne/DK	4268	27.11.2020
	Dr. Monja Nemeč		

Petition Naturoase statt Schotterwüste; Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Mag. König!

Österreich hat im Vergleich zu anderen Produktionsländern, aus welchen Produkte aus mineralischen Rohstoffen importiert werden, einen hohen Technologiestandard und niedrigere Emissionen. Eine verstärkte Produktion in Österreich würde daher wesentlich zum globalen Klimaschutz beitragen. Eine Studie der österreichischen Energieagentur und des Austrian Institute of Technology (climApro, 2019 <https://www.wko.at/branchen/industrie/climapro-studie.pdf>) hat gezeigt, dass eine zusätzliche nationale Produktion - global gesehen - in der gesamten Wertschöpfungskette zu deutlich größeren Einsparungen führt. Bei einer Produktionsverlagerung ins Ausland inklusive Transportkosten würden die Emissionen um den Faktor 1,9 steigen. (<https://www.wko.at/branchen/industrie/climapro-studie.pdf>). Eine Abwanderung der energieintensiven Industrie hätte daher nicht nur den Verlust von Beschäftigung und Know-how in Österreich und Europa zur Folge, es würde auch die Klimabilanz verschlechtern und damit das Erreichen der Klimaziele des Paris-Agreements weiter erschweren.

Die Mineralrohstoffgewinnung erfolgt in Österreich unter hohen Umwelt- und Sozialstandards. Eine Einschränkung der Mineralrohstoffgewinnung ist daher aus den obengenannten Gründen sehr kritisch zu sehen und abzulehnen.

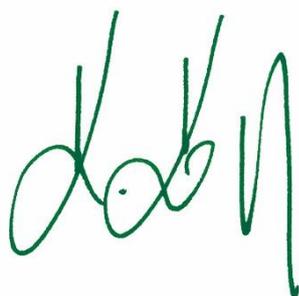
Die Parteienrechte sind im MinroG (zB in den §§ 81 und 116) detailliert geregelt. Alle vom Abbauvorhaben Betroffenen sind im Gewinnungsbetriebsplanverfahren zu hören und deren Argumente zu berücksichtigen.

Bürger, Nachbarn und Gemeindebewohner werden durch die Ortsgemeinde (in deren Sprengel der Abbau liegt) vertreten. Die Genehmigungsvoraussetzungen wie Raumplanung,

Abstand zu Wohngebieten, Oberflächenbeeinträchtigung, Umwelt, Abfall, Emissionen, Beeinträchtigung und Gefährdung des Lebens und der Gesundheit von Personen, des Wassers und der Oberfläche nach Abbauende, sind umfangreich geregelt.

Die vorgeschlagene Änderung des MinroG ist nicht zu befürworten. Die derzeitige Rechtslage war das Ergebnis einer umfassenden Diskussion und reicht für den notwendigen Interessenausgleich aus. Die inländische Rohstoffversorgung ist ein wichtiger Bestandteil der Krisenresilienz einer Volkswirtschaft (gerade in Zeiten der Corona-Pandemie) und trägt zur Verringerung von CO₂-Emissionen im Sinne des Klimaschutzes bei. Die Mineralrohstoffgewinnung erfolgt in Österreich unter hohen Umwelt- und Sozialstandards. Eine weitere Einschränkung der Mineralrohstoffgewinnung ist abzulehnen.

Freundliche Grüße



Karlheinz Kopf
Generalsekretär